



«Wir müssen uns vernetzen.» Dem Landkino im Palazzo in Liestal droht ohne Fördergelder das Aus. Foto Kostas Maros

# Kultur auch fürs Baselbiet

Morgen wird im Landkanton ein Kulturverband gegründet

Von Thomas Dähler

**Liestal.** Der Kanton Baselland soll bei der Kultur keine Sparmassnahmen mehr planen können, ohne sich mit den Betroffenen auseinanderzusetzen. Morgen Abend gründen Kulturinstitutionen und Kulturschaffende in der «Schützenstube» in Liestal den Verband Kultur Baselland. Dieser soll künftig ihre Interessen gegenüber den Behörden vertreten und die Öffentlichkeit auf die gemeinsamen Interessen der kulturell Tätigen aufmerksam machen. «Wir müssen uns besser vernetzen», sagt die Reinacher Künstlerin Irene Maag, die 2014 mit dem Baselder Spartenpreis Kunst ausgezeichnet wurde. Maag ist zusammen mit alt Landrat Marc Joset, der in Birsfelden dem Verein Kulturraum Roxy vorsteht, als Co-Präsidentin des Verbands vorgesehen.

Die Baselder Kulturschaffenden sehen sich als Opfer der Sparpolitik des Kantons. Vergeblich haben sie anlässlich der Budgetdebatte im Landrat im vergangenen Dezember gegen die geplante Reduktion der Förderbeiträge für die Jahre 2016 bis 2019 demonstriert. Während der Kanton Baselland nach der Einigung mit Basel-Stadt die Kulturförderung im Stadtkanton unverändert weiterführt, müssen die Kulturschaffenden im Baselbiet im laufenden

Jahr mit 390 000 Franken weniger und in Zukunft gar mit 785 000 Franken weniger auskommen. Dank des 80-Millionen-Deals zwischen den beiden Basel sind die Unterstützungen etwa für die Gare du Nord oder den Birds Eye Jazz Club in Basel gesichert, während beispielsweise das Landkino im Palazzo in Liestal oder das Festival Neue Musik in Rümlingen künftig keine Subventionen mehr erhalten. Man sei nicht gegen die Kulturinstitutionen in der Stadt, sagt Maag. Es seien jedoch Gräben aufgerissen worden. Sie und ihre Mitstreiter hätten gemerkt, dass im Baselbiet die Kraft gefehlt habe, sich schnell gegen die geplante Kürzung der Fördergelder im Baselbiet zu wehren.

Der neue Verband will jetzt ausdrücklich die Interessen jener Künstlerinnen und Künstler wahrnehmen, die im Baselbiet tätig sind. «Die beschlossene Kürzung der Förderbeiträge hat uns vor Augen geführt, dass wir uns vernetzen müssen», meint Maag. Sie hofft, dass möglichst viele Kulturschaffende und Kulturinstitutionen mitmachen und solidarisch seien. «Die Rückmeldungen, die wir inzwischen erhalten haben, sind sehr positiv.»

Es gehe jetzt in erster Linie darum, zu verhindern, dass den Kulturschaffenden noch mehr Unterstützungsgelder verloren gingen als die leider schon

beschlossenen 390 000 Franken, sagt Maag. Der Verband möchte sich entsprechend der Regierung und dem Parlament als Gesprächspartner empfehlen. Zudem ist vorgesehen, ein «Kulturparlament» ins Leben zu rufen und so jedem interessierten Mitglied des Landrats einen persönlichen Austausch mit einer Künstlerin oder einem Künstler anzubieten. Die Entscheidungsträger will der Verband mit gezielten Informationen versehen. Auch die Bevölkerung soll für ihre Kultur sensibilisiert werden.

Ob dies gelinge, müsse sich erst noch weisen, meint Maag. Im Vorfeld der Gründungsversammlung von morgen Mittwoch seien die Initianten des neuen Verbands mit vielen in Kontakt getreten, damit dank eines möglichst breiten Austausches künftig auch der Verband breit abgestützt sei. Für eine Kandidatur für den Vorstand konnten Maag und Joset weitere Persönlichkeiten gewinnen: Julia Baumgartner (Chorleiterin), Manuela Eichenberger (Schweizerischer Kunstverein), Kaspar Geiger (Regisseur), Ursina Gruel (Regisseurin), Hector Herzig (Kulturunternehmer), René Meier (Kunstverein Baselland), Barbara van der Meulen (Mitglied Kunstkommission), Barbara Saladin (Autorin) und Annina Zimmermann (Kuratorin).

# Bombendrohung war bloss ein Ablenkmanöver

Mehrere 10 000 Franken gestohlen statt Sprengsatz gelegt

Von Daniel Wahl

**Pratteln.** Gross waren die Auswirkungen jener angeblichen Bombendrohung in Pratteln am 29. Dezember: Am umsatzstarken Tag nach Weihnachten sperrte die Polizei das Gewerbegebiet Grüssen für den Verkehr gossräumig ab und evakuierte das Möbel-Pfister- und Media-Markt-Gebäude, um mit Sprengstoffhunden während mehreren Stunden das Haus nach einer Bombe zu durchkämmen. Der Verkehr kam in Pratteln zum Erliegen, viele Kunden blieben in den Einkaufshäusern der Umgebung stecken, weil sie nicht mehr zu ihren Autos kamen.

Für die Polizei und die Staatsanwaltschaft ist der Fall einen Monat nach dem Ereignis nun grösstenteils gelöst: Hintergrund ist ein Diebstahl eines namhaften Betrags von gegen 100 000 Franken. Wie die Staatsanwaltschaft heute weiss, hat es gar nie eine Bombe gegeben – und noch weniger eine Bombendrohung. Das Telefonat – ein Mann, der in gebrochenem Deutsch Möbel Pfister angerufen und von einer im Gebäude liegende Bombe gesprochen haben soll – war eine reine Erfindung. Mutmasslich von jener Person, die diese Meldung der Polizei machte.

Hellhörig wurde diese jedenfalls, als Möbel-Pfister-Mitarbeiter am Folgetag meldeten, bei ihnen seien mehrere 10 000 Franken gestohlen worden. Schnell war ein Zusammenhang zwischen Bombendrohung und Diebstahl gemacht; die Indizien verdichteten sich. Details will Michael Lutz, Sprecher der Staatsanwaltschaft, keine verraten. Aber: Es habe Widersprüche gegeben, denen man nachgegangen sei und

wonach das angebliche Telefon erfunden worden war, um wie Lutz sagt, «einfach Zeit zu gewinnen». Der Mann habe ein Geständnis abgelegt. Gut die Hälfte des Geldes sei sichergestellt worden.

Die Tatsache, dass von Möbel Pfister selber ein Anruf an die Polizei getätigt worden ist, wonach ein Bombendroher angerufen habe, legt den Schluss nahe, dass es sich beim Täter um einen Mitarbeiter von Möbel Pfister handeln dürfte, der mit seinem Anruf die Polizei selber auf seine Spur führte und sich in Widersprüche verwickelte.

Über seine Identität gibt die Staatsanwaltschaft wenig bekannt. Nur soviel: Der Mann ist nicht Schweizer, hat aber Wohnsitz in der Schweiz. Er befand sich eine Woche lang in Untersuchungshaft und ist jetzt auf freiem Fuss, weil «keine Fluchtgefahr» bestehe.

## Zwei Straftatbestände erfüllt

Erhärtet sind nun die beiden Straftatbestände der «Irreführung der Rechtspflege» und des «Diebstahls». Die falsche Bombendrohung kann also mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe sanktioniert werden und zwingend mit einer Geldstrafe. Derzeit geht die Polizei nicht von bandenmäßigem Diebstahl aus, und von einem Komplizen wisse man auch nichts. Weitere Ermittlungen seien noch im Gang, insbesondere nach dem Verbleib des Geldes.

Teuer wird die Aktion für den Täter auf jeden Fall: Aufgeboden wurden an jenem Tag rund 60 Polizei- und Rettungskräfte; dies während mehrerer Stunden. Möglich ist auch, dass die Geschäfte Umsatzeinbussen beklagen und diese auf dem Zivilweg geltend machen.



Einsatzleitung bespricht Lage. Rund 60 Rettungs- und Einsatzkräfte wurden wegen der Bombendrohung im Gewerbegebiet Grüssen aufgeboden. Foto Daniel Wahl

# Die gefährlichen Landminen auf dem Radar

Die Urs Endress Stiftung lässt an innovativen Such-Techniken tüfteln

Von Christian Fink

**Arlenheim.** In der Öffentlichkeit beinahe unbemerkt blieb im vergangenen November die Gründung der Urs Endress Stiftung in Arlesheim. Sie nimmt sich dem leidigen Thema der Landminen an. Die Stiftung ist auf die Forschung, Entwicklung und den Einsatz moderner Suchgeräte fokussiert, mit denen Minen, Blindgänger und vergleichbare Waffensysteme vernichtet werden sollen. Bei den Suchgeräten handelt es sich um Drohnen, die unter Verwendung unterschiedlicher, moderner Techniken eine weitaus sicherere Suche von Landminen als heute ermöglichen sollen.

Gegenwärtig wird vor allem mit handgehaltenen Radar-Detektoren, aber auch mit Hunden und Ratten nach Treminen gesucht. Die Methoden sind aufgrund verschiedenster Einschränkungen – etwa der Belastung des Operateurs – sehr zeitaufwendig, ineffizient und gefährlich. Bereits existierende luftgestützte Minendetektionssysteme sind nur bedingt praxistauglich.

## Studie an der Fachhochschule

Mit der immer besser werdenden Drohnentechnik und immer kleiner werdenden Sensoren eröffnen sich neue Möglichkeiten der Landminen-

suche. Die in der Fachhochschule Nordwestschweiz beheimateten Hochschulen für Technik und Architektur, Bau und Geomatik haben im Rahmen einer Machbarkeitsstudie ein drohnenbasiertes Minendetektionssystem analysiert, das Landminen automatisch auffinden soll. Reinhard Gottwald von der Hochschule für Architektur, Bau und Geomatik kommt dabei zum Schluss, dass es möglich sei, in einem «überschaubaren Zeitrahmen und mit kalkulierbarem Risiko ein UAV-basiertes Airborne-GPR für die Detektion von Landminen zu entwickeln und für die humanitäre Räumung von Landminen einzusetzen». Dabei sei ein System zu entwickeln, «das einfach und sinnfälligerweise zu bedienen ist und eine nur rudimentäre Schulung der Operateure erfordert».

Um diese technische Herausforderung zu meistern, ist das Forschungsprojekt FindMine ins Leben gerufen worden, das von Gottwald geleitet wird. Über Master- und Doktorarbeiten an den Fachhochschulen Muttenz, Brugg-Windisch, Ulm sowie an der Universität Ulm soll die luftgestützte humanitäre Minenräumung durch automatisierte Drohnen weiter erforscht und entwickelt werden. Hierbei wird etwa auf die Mikrowellentechnologie, 3-D- und die GPS-Technik zurückgegriffen. Eine

innovative Entwicklung, «die es», so Endress, «meines Wissens im Bereich der Minensuchtechnik noch nicht gibt».

Erste Resultate erwartet Endress in einem Jahr, eine funktionstüchtige Lösung in drei Jahren. Das Ziel von Endress ist es, dass einer der jungen Forschenden ein Start-up-Unternehmen gründet, das diese hochtechnisierten Drohnen herstellt.

## Kostenintensive Säuberungen

Urs Endress ist langjähriges Mitglied des Rotary Clubs. Dieser unterstützt mit dem Projekt Mine-Ex in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Roten Kreuz seit längerem Tretminenopfer in Kambodscha und Afghanistan, indem er für Prothesen spendet. Langfristig, so dachte sich Endress, sei es jedoch unabdingbar, Landminen mit innovativer Technik aufzuspüren und zu zerstören.

Nach dem zuversichtlichen Resultat der Machbarkeitsstudie machte sich Endress daran, verschiedene Leute für das Forschungsprojekt FindMine zu begeistern. «Dabei stellte ich fest, dass es sehr schwierig ist hierfür Geld zu erhalten.» Daraufhin gründete er kurzerhand die vorläufig mit eigenem Geld dotierte Stiftung. Sie funktioniere unabhängig von der Firma Endress & Hauser, werde jedoch vom Familienunternehmen wohlwollend unterstützt.

Die Räumung von Landminen stellt immer noch eine grosse Herausforderung dar. Die genaue Zahl verlegter Minen kennt niemand. Vor dem Verbot von Antipersonenminen sprachen die Vereinten Nationen von 110 Millionen Landminen, die in über 70 Ländern verlegt wurden. Dabei ist die exakte Zahl der Minen gar nicht so bedeutend: Ob auf einem Stück Land zehn oder hundert Minen liegen, ändert nichts an der Tatsache, dass dieses Land nicht bewirtschaftet werden kann.

## Heute noch Minen in Deutschland

Gemäss IKRK verursachen Landminen monatlich 800 Todesfälle. Zu den am meisten belasteten Ländern gehören Afghanistan, Angola, Ägypten, Bosnien und Herzegowina, Laos, Kongo, Kambodscha, Kolumbien, Kroatien und Vietnam, aber auch Tschetschenien oder die Falkland-Inseln. In der ehemaligen DDR wurden ab 1961 über 1,3 Millionen Tretminen an der innerdeutschen Grenze verlegt. Heute sollen sich noch rund 30 000 Tretminen auf dem ehemaligen Sperrgebiet befinden.

Die Säuberung von Landminen verschlingt Milliarden. Die Räumung von Minen im stark betroffenen Afghanistan wird auf einer Fläche von 13 Quadratkilometern auf 15 Millionen US-Dollar geschätzt.

## Nachrichten

### Verkehrsunfall unter Drogeneinfluss

**Münchenstein.** Ein 23-jähriger Autolenker, ein in der Region wohnhafter Schweizer, fuhr in den Kreisel Reinacherstrasse/Bruderholzstrasse wohl etwas zu schnell, denn das Heck seines Autos geriet bei der Ausfahrt aus dem Kreisel ins Schlingern. Dabei wurde ein 61-jähriger Velofahrer zu Fall gebracht, der sich beim Sturz verletzte. Er musste ins Spital gebracht werden. Ein Drogenschnelltest beim Autofahrer ergab einen positiven Wert. Er musste den Führerausweis vor Ort abgeben.

### Eine Verletzte nach Crash auf der Autobahn

**Augst.** Eine verletzte Autolenkerin forderte eine Kollision auf der Autobahn A2. Eine 48-jährige Frau fuhr Richtung Basel und wurde von einer Radaranlage erfasst. Sie erschrak, lenkte ihr Auto nach rechts und kollidierte mit dem Auto einer 22-jährigen Frau, die in gleicher Richtung unterwegs war. Dieses Fahrzeug wurde durch die Kollision gedreht, touchierte die linke Leitplanke, schleuderte über alle vier Fahrbahnen nach rechts und knallte gegen Beton-elemente. Auf dem Überholstreifen kam das Auto zum Stehen. Beide Autos mussten abtransportiert werden, es kam zu einem längeren Stau.